

Stahlwerk Bremen bleibt im Fokus: Regierung fordert klare Zusagen!

Arcelor Mittal plant keinen klimaneutralen Umbau des Stahlwerks in Bremen, was zu politischen Konflikten und Forderungen führt.



Bremen, Deutschland - In Bremen gibt es gehörigen Wirbel um das Stahlwerk des Konzerns ArcelorMittal. Obgleich der Stahlindustrie eine essenzielle Rolle für die lokale und nationale Wirtschaft zugesprochen wird, hat der Konzern angekündigt, das Bremer Stahlwerk nicht klimaneutral umzubauen. Diese Entscheidung sorgt für Unruhe in der Stadt, wo der Druck auf die Verantwortlichen wächst. **Buten un Binnen** berichtet, dass die Regierung klare Zusagen vom Unternehmen einfordert, um die Zukunft des Werks abzusichern.

Der Bürgermeister von Bremen, Andreas Bovenschulte (SPD), hebt hervor, dass es aktuell keine Existenzbedrohung für das Werk gibt, betont jedoch die Wichtigkeit, die Stahlproduktion in

Bremen zu stützen. Seine Kollegen aus der Opposition sind anderer Meinung: So bezeichnet die Fraktionschefin der Linken, Sofia Leonidakis, die Entscheidung als fatal und fordert sowohl von der Bundesregierung als auch von der EU Unterstützung und Maßnahmen. Die CDU-Fraktionsvorsitzende, Wiebke Winter, sieht die Entscheidung als einen schweren Schlag für Bremen und die dort Beschäftigten.

Staatliche Förderungen und Investitionen

ArcelorMittal hat vom Bund und dem Land Bremen fast 840 Millionen Euro an staatlicher Förderung erhalten – eine Summe, die dazu beitragen soll, die Transformation der Stahlproduktion auf neue, klimafreundliche Verfahren voranzutreiben. Ein Blick auf die Zukunft verrät jedoch, dass ArcelorMittal bis 2030 plant, zwei Hochöfen durch moderne Produktionsanlagen zu ersetzen, wobei die Gesamtinvestition auf rund 2,5 Milliarden Euro geschätzt wird. Die dafür benötigten Fördermittel werden laut einer Mitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) durch Programme zur Dekarbonisierung unterstützt, insbesondere durch das Projekt **DRIBE2**, das auch für Bremen von Bedeutung ist. **Zukunft Umwelt** informiert darüber, dass die EU im Februar 2024 die Förderung des Verbundprojekts genehmigte.

Ein Kernbestandteil dieses Projekts ist der Bau einer Direktreduktionsanlage (DRI), die mit nachhaltig produziertem Wasserstoff betrieben werden soll. Diese Anlage in Bremen wird Teil einer Strategie sein, um jährlich mehr als 3,8 Millionen Tonnen grünen Stahl zu produzieren und dabei CO₂-Emissionen von bis zu 5,8 Millionen Tonnen einzusparen, was erheblich zur Klimaneutralität der deutschen Stahlindustrie beitragen könnte.

Herausforderungen für die Stahlindustrie

Die Herausforderungen für die Stahlbranche sind jedoch nicht zu unterschätzen. Die Industrie ist für ein Drittel aller

Industrieemissionen in Deutschland verantwortlich und steht vor der dringenden Notwendigkeit, ihre Produktionsweise umzustellen. **Blog BPOE** hebt hervor, dass der Umbau hin zur Klimaneutralität mit hohen Bau- und Betriebskosten sowie einem schärferen globalen Wettbewerb einhergeht. Zudem müssen europäische Schutzmaßnahmen gegen unfaire Wettbewerbsbedingungen und Billigimporte aus Asien ergriffen werden.

Stahl bleibt ein zentraler Werkstoff für viele Industrien, wie Automobil-, Bau- und Maschinenbau. Die Produktionskapazitäten des globalen Stahlmarktes sind derzeit überdimensioniert, was die Wettbewerbsbedingungen zusätzlich verschärft. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie zu sichern, sind politische Maßnahmen und aktive Unterstützung notwendig, sodass die Branche nicht nur überlebt, sondern auch floriert.

Abschließend bleibt zu sagen, dass die Stahlindustrie, als zuverlässige Säule einer klimaneutralen Gesellschaft, entscheidend für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremen ist. Der Dialog zwischen Regierung, Unternehmen und Bürgerschaft wird künftig eine zentrale Rolle dabei spielen, wie dieser Transformationsprozess gelingt.

Details	
Ort	Bremen, Deutschland
Quellen	• www.butenunbinnen.de • www.z-u-g.org • www.blog-bpoe.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.com